

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

Nürnberg, 16. Januar 2019
Dr. Blaschke/Zadek

Verbesserung der Depotsituation der Kulturdienststellen vorantreiben

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen der Diskussion der Jahreskontrakte 2019 für die Kulturdienststellen im Kulturausschuss vom 30. November 2018 wurde erneut deutlich, dass die vorhandene Depotsituation dienststellenübergreifend Besorgnis erregt. Bereits im Jahr 2008 hatte die SPD-Fraktion hierzu ein Konzept angemahnt. Denn die Schaffung einer zukunftsfähigen Depotsituation, die das vorhandene und zu erwartende Depotgut mengenmäßig aufnehmen kann und eine qualitativ einwandfreie Aufbewahrung insbesondere der empfindlichen Schriftstücke und Kunstwerke sicherstellt, ist eine zentrale Aufgabe im Zusammenhang mit der Bewahrung des kulturellen Erbes unserer Stadt.

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder einzelne Ansätze zur Verbesserung der Depotsituation und zu wünschenswerten Ausgestaltungen (beispielsweise als Schaudepot) diskutiert. Insbesondere wurde die Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände als denkbarer Standort eines städtischen Depots genannt. Ein abschließendes Konzept liegt jedoch bislang nicht vor.

Angesichts der nicht zukunftsfähigen heutigen Depotsituation, des langen Vorlaufs für die Schaffung einer neuen Depotsituation und der erheblichen Kosten hierfür muss eine Gesamtkonzeption entwickelt werden.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt daher zur Behandlung im Kulturausschuss oder im Stadtrat folgenden

Antrag:

1. Die Verwaltung berichtet über die aktuelle Depotsituation und über den Stand der bereits vorhandenen Überlegungen für eine Verbesserung der Depotsituation.
2. Soweit nicht bereits erfolgt, erarbeitet die Verwaltung einen Anforderungskatalog für eine zukunftsfähige, dienststellenübergreifend gestaltete Depotsituation in baulicher und betrieblicher Hinsicht.

- 2 -

3. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wird überprüft, ob dieser Anforderungskatalog in der Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände weitgehend erfüllt werden kann. Sofern andere Liegenschaften ebenfalls als Standorte in Betracht kommen, sollen diese mit vertretbarem Aufwand in die Studie aufgenommen werden.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie sollen auch Kostenannahmen erarbeitet werden, die den Kostenannahmen für eine Errichtung eines gänzlich neuen Depotgebäudes gegenübergestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Anja Pröll-Kammerer
Fraktionsvorsitzende